

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 06.10.2008
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am Dienstag, 23. September 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:07 Uhr - 18:04 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 24.06.2008 - öffentlicher Teil**
561/2008
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Überplanmäßige Ausgaben 2007**
550/2008
- 6. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen 2008**
548/2008
- 8. Feststellung des Jahresabschlusses 2007 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „StadtGrün Bergisch Gladbach“**
505/2008

9. **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „StadtGrün Bergisch Gladbach“**
573/2008
10. **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „StadtGrün Bergisch Gladbach“**
567/2008
11. **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**
568/2008
12. **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“**
572/2008
13. **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“**
569/2008
14. **Entlastung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“**
570/2008
15. **Änderung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach**
500/2008
16. **Annahme von Schenkungen an der Städtischen Galerie Villa Zanders**
499/2008
17. **Aktualisierung der „Allgemeinen Vertragsbedingungen der Stadtbücherei/Bildstelle der Stadt Bergisch Gladbach“**
497/2008 - 1
18. **Unterstützung der Schulen in die Eigenverantwortlichkeit**
536/2008
19. **Gestattungsvertrag der Städte Köln und Bergisch Gladbach über die Vollstreckung auf dem Gebiet der Nachbarstadt**
502/2008 - 2
20. **Anschlussförderung der „Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V.“**
535/2008

21. **Änderung Nr. 163/1245 - Neuenhauser Weg - des FNP**
 - **Beschluss zu Stellungnahmen**
 - **Beschluss der Änderung***445/2008*

22. **Bebauungsplan Nr. 1245 - Neuenhauser Weg -**
 - **Beschluss zu Stellungnahmen**
 - **Beschluss als Satzung***444/2008*

23. **Bebauungsplan Nr. 16/1 - Nussbaum - 3. vereinfachte Änderung**
 - **Beschluss als Satzung***450/2008*

24. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

- 24.1. **Antrag der CDU-Fraktion vom 08.09.2008 auf Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (AUIV) und im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (ABKSS)**
574/2008

25. **Anträge der Fraktionen**

- 25.1. **Antrag der BfBB-Fraktion vom 10.08.2008 zur Wiedereinführung des Müllmarkensystems in der Stadt Bergisch Gladbach**
566/2008

- 25.2. **Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2008 zur Prüfung der Gründung einer „Energie- und Wasser- Einkaufsgenossenschaft“**
571/2008

7. **Einwohnerfragestunde**
452/2008

26. **Anfragen der Ratsmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 24.06.2008 - nichtöffentlicher Teil**
562/2008
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Contracting-Maßnahme 2008: Abschluss eines bürgerschaftsähnlichen Geschäftes (Forfaitierung)**
529/2008
5. **Anträge der Fraktionen**
6. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@->

Bürgermeister Orth eröffnet die 24. Sitzung des Rates in der siebten Wahlperiode.

Herr Orth stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung haben sich Herr Cüpper, Herr Haasbach, Herr Schacht (alle CDU-Fraktion), Frau Hammelrath, Herr Hoffstadt (beide SPD-Fraktion), Herr Rickes, Herr Schnöring, Frau Schreiber, Herr Ziffus (alle Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Lahres und Herr Rosen (beide Fraktion KIDitiative) entschuldigt.

Herr Orth benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 10.09.2008 mit den dazugehörigen Vorlagen und den bis dahin vorliegenden Beratungsergebnissen aus den Fachausschüssen,
- eine Aktualisierung/Ergänzung der Anlage zur Tagesordnung - übersandt mit Schreiben vom 19.09.2008 - mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr, des Hauptausschusses sowie des Finanz- und Liegenschaftsausschusses und einer Ergänzung der CDU-Fraktion zu ihrem Antrag auf Umbesetzung in den Ausschüssen (Vorlage Nr. 574/2008, TOP A 24.1),
- eine Ergänzung zur Vorlage Nr. 500/2008 (TOP A 15) als Tischvorlage und
- einen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion als Tischvorlage.

Herr Orth schlägt vor, die TOP A 9 bis A 13 wegen Sachzusammenhangs (Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr) gemeinsam zu behandeln.

Mit diesem Vorschlag zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

Er schlägt dem Rat außerdem vor, auf eine Behandlung des Dringlichkeitsantrages der FDP-Fraktion (Tischvorlage) zu verzichten, da seinerseits - nach entsprechenden Initiativen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - bereits die Zusage erfolgt sei, genau so zu verfahren, wie es der Antrag vorsehe.

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion, macht aber darauf aufmerksam, dass es insbesondere Inhalt des Antrages sei, nach dem Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr auch den Rat mit der Angelegenheit zu befassen.

Auch mit diesem Vorschlag zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

2. <-@
Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

@->

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 24.06.2008 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

3. <-@
Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 24.06.2008 - öffentlicher Teil

@->

Herr Dr. Fischer bittet darum, das Schreiben des Bürgermeisters an die FDP-Fraktion zum Thema „Bewerbung um den Standort einer Fachhochschule“ (TOP A 19.2 der vergangenen Ratssitzung) der Niederschrift beizufügen, damit alle Ratsmitglieder informiert würden.

Herr Orth entgegnet, das benannte Schreiben sei nicht nur an die FDP-Fraktion, sondern an alle Fraktionen übersandt worden.

Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis.

4. <-@
Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Mitteilung zur Anzeige von Nebentätigkeiten nach dem Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW in Verbindung mit dem Landesbeamtengesetz NRW

Herr Orth weist darauf hin, dass er nach dem Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW in Verbindung mit dem Landesbeamtengesetz NRW verpflichtet sei, dem Rat Nebeneinnahmen zu melden, wenn die Höchstgrenze von 1.200,- EUR p. a. überschritten werde. Er teile mit, dass die Einnahmen des Bürgermeisters aus Nebentätigkeiten in 2007 diese Höchstgrenze nicht überschritten hätten. Nähere Informationen würden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Mitteilung zu einer Nachfolgebesetzung im Jugendhilfeausschuss

Herr Orth teilt mit, dass Herr Jochen Wolff in Nachfolge für Herrn Ulrich Kern von der katholischen Kirche als Mitglied des Jugendhilfeausschusses mit beratender Stimme benannt worden sei.

Mitteilung zur kommenden Sitzung des Rates

Herr Orth weist drauf hin, dass die nächste Ratssitzung für den 21.10.2008 terminiert sei. Der vorsorglich in den Sitzungskalender 2008 aufgenommene Termin 28.10.2008 wird gestrichen.

<-@

5. Überplanmäßige Ausgaben 2007

@->

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6. <-@
Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen und Verpflichtungs-
ermächtigungen 2008

@->

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

1. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen des Haushaltsjahres 2008 in Höhe von 100.000,00 EUR wird gemäß § 82 Absatz 2 GO NRW erteilt.
2. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung des Haushaltsjahres 2008 in Höhe von 550.000,00 EUR wird gemäß § 85 Absatz 1 GO NRW erteilt.
3. Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 76.225,43 EUR und Auszahlungen in Höhe von insgesamt 182.061,43 EUR werden gemäß § 82 Absatz 2 GO NRW zur Kenntnis genommen.

8. <-@
Feststellung des Jahresabschlusses 2007 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „StadtGrün Bergisch Gladbach“

@->

Herr Dr. Kassner fragt, ob der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer bereits vorliege, was von Herrn Orth verneint wird.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Absatz 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2007 in
Aktiva und Passiva mit **23.361.588,18 EUR**

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresverlust von **1.969.225,93 EUR**
fest.
2. gemäß § 26 Absatz 2 EigVO den Lagebericht 2007 fest.

3. Der Jahresverlust 2007 wird dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke entnommen.

<-@

9. Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „StadtGrün Bergisch Gladbach“

und

10. Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „StadtGrün Bergisch Gladbach“

und

11. Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“

und

12. Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“

und

13. Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“

@->

Herr Dr. Kassner bittet darum, den Ratsvorlagen über die Entlastung von Ausschüssen künftig Informationen über die Feststellung der jeweiligen Jahresabschlüsse in den Ausschüssen beizufügen.

Herr Orth erläutert, diese Anregung werde aufgenommen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr.

<-@

14. Entlastung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses für den Jahresabschluss 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Entlastung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses.

15. <-@
Änderung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach

@->

Herr Orth weist auf die den Ratsmitgliedern als Tischvorlage überreichte korrigierte Fassung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach hin. Es sei erforderlich, die Änderung in Form einer „I. Nachtragssatzung“ zu beschließen. In der im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport behandelten Anlage zur Vorlage sei zudem eine falsche Nummerierung enthalten gewesen, die nunmehr korrigiert worden sei.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Die I. Nachtragssatzung zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Tischvorlage (Ergänzung zur Vorlage Nr. 500/2008) beschlossen.

16. <-@
Annahme von Schenkungen an der Städtischen Galerie Villa Zanders

@->

Herr Orth spricht den Schenkerinnen und Schenkern im Namen des Rates, der Verwaltung und auch persönlich besonderen Dank aus.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Die Schenkungen werden mit einem ausdrücklichen Dank an die Stifter angenommen.

17. <-@
Aktualisierung der „Allgemeinen Vertragsbedingungen der Stadtbücherei/Bildstelle der Stadt Bergisch Gladbach“

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Die Änderungen der „Allgemeinen Vertragsbedingungen der Stadtbücherei/Bildstelle“ werden beschlossen.

18. <-@
Unterstützung der Schulen in die Eigenverantwortlichkeit

@->

Frau Koshofer erläutert, die FDP-Fraktion begrüße die Möglichkeit der höheren Eigenverantwortlichkeit von Schulen ausdrücklich.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bergisch Gladbacher Schulen auf dem Weg zur eigenverantwortlichen Schule im dargestellten Sinne zu unterstützen.

<-@

19. **Gestattungsvertrag der Städte Köln und Bergisch Gladbach über die Vollstreckung auf dem Gebiet der Nachbarstadt**

@->

Herr Schütz und Herr Lang weisen darauf hin, dass die Fraktion KIDinitiative und die BfBB-Fraktion als einzige rechtliche und inhaltliche Bedenken bezüglich des Abschlusses des Gestattungsvertrages vorgebracht hätten.

Herr Orth stellt fest, die Stadt Köln sei nicht bereit gewesen, zu den von der Bezirksregierung gestellten Bedingungen mit der Stadt Bergisch Gladbach zusammen zu arbeiten und sei daher von dem Vertrag zurückgetreten.

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

20. **Anschlussförderung der „Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V.“**

@->

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei für eine Unterstützung der ISG Hauptstraße; mit den zur Verfügung gestellten Mitteln sollten jedoch wirksame Maßnahmen durchgeführt werden. Es solle insbesondere über ein „Center-Management“ nachgedacht werden.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Landesmittel für die Anschlussförderung des ISG-Projektes zu beantragen, den städtischen Eigenanteil in Höhe von 5.000 EUR aus Mitteln der Wirtschaftsförderung sicher zu stellen und mit der Weiterführung des Projektes das Büro Dr. Paul G. Jansen zu beauftragen.

<-@

21. **Änderung Nr. 163/1245 - Neuenhauser Weg - des FNP**
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss der Änderung

@->

Herr Dr. Steffen äußert sein Bedauern darüber, dass wieder eine Grünfläche betoniert werde, wozu im Grunde keine Notwendigkeit bestehe. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde daher den Beschlussvorschlägen der Vorlagen 445/2008 und 444/2008 nicht zustimmen.

Herr Dr. Baeumle-Courth ergänzt, die Umweltministerkonferenz habe sich ausdrücklich gegen zunehmende Versiegelung ausgesprochen. Er ergänzt außerdem, dass sich auch die Stadt Bergisch Gladbach an dem Programm zum nachhaltigen kommunalen Flächenmanagement beteilige. Er bitte alle Ratsmitglieder, dies zu beachten, da eine Grünfläche nach der anderen verschwinde.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

- I. **Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Änderung Nr. 163/1245 - Neuenhauser Weg - des Flächennutzungsplanes gemäß § 3 Absatz 2 BauGB eingereichten Anregungen von**
 - T1 **Landesbetrieb Wald und Holz NRW wird nicht entsprochen,**
 - T2 **Rheinisch-Bergischer-Kreis wird teilweise entsprochen.**

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

- II. **Gemäß § 2 des Baugesetzbuches wird die Änderung Nr. 163/1245 - Neuenhauser Weg - des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Änderung ist eine Begründung beigefügt (§ 5 Absatz 5 BauGB).**

22. <-@
Bebauungsplan Nr. 1245 - Neuenhauser Weg -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung

@->

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

- I. **Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 1245 - Neuenhauser Weg - gemäß § 3 Absatz 2 BauGB eingereichten Anregungen von**
 - B1 **Familie Olbrück wird teilweise entsprochen,**
 - T1 **Landesbetrieb Wald und Holz NRW wird nicht entsprochen,**
 - T2 **Rheinisch-Bergischer-Kreis wird teilweise entsprochen.**

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

- II. **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NRW den Bebauungsplan Nr. 1245 - Neuenhauser Weg - als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Absatz 8 BauGB.**

23. <-@
Bebauungsplan Nr. 16/1 - Nussbaum - 3. vereinfachte Änderung
- Beschluss als Satzung

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NRW den Bebauungsplan Nr. 16/1 - Nußbaum - 3. vereinfachte Änderung als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Absatz 8 BauGB.

<-@

24. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

24.1. **Antrag der CDU-Fraktion vom 08.09.2008 auf Umbesetzung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (AUIV) und im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (ABKSS)**

@->

Der Rat nimmt den Antrag in der Fassung der von der CDU-Fraktion eingereichten Ergänzung vom 16.09.2008 einstimmig an.

<-@

25. **Anträge der Fraktionen**

25.1. **Antrag der BfBB-Fraktion vom 10.08.2008 zur Wiedereinführung des Müllmarkensystems in der Stadt Bergisch Gladbach**

@->

Der Rat überweist den Antrag ohne Aussprache einvernehmlich an den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr.

<-@

25.2. **Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2008 zur Prüfung der Gründung einer „Energie- und Wasser- Einkaufsgenossenschaft“**

@->

Der Rat überweist den Antrag ohne Aussprache einvernehmlich an den Hauptausschuss.

<-@

7. **Einwohnerfragestunde**

@->

Herr Orth erläutert, es liege eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vor. Herr Orth fragt Herrn Hoffmann, ob dieser damit einverstanden sei, die Einwohnerfrage bereits jetzt, also vor 18:00 Uhr, zu behandeln, was von Herrn Hoffmann bejaht wird.

Herr Orth verliest und beantwortet daraufhin die Fragen von Herrn Hoffmann:

1. Frage von Herrn Hoffmann:

„Vor einigen Monaten haben sich die Tarifparteien auf eine Lohnerhöhung/Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst geeinigt. Die Stadt Köln hat noch wäh-

rend des Streits der Tarifpartner Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine zweiprozentige Erhöhung monatlich für ihre Beamten festgelegt, die deutlich unter dem Verdi-Verhandlungsergebnis lag. Deshalb stellen sich für mich folgende Fragen: Hat die Stadt Bergisch Gladbach das Verdi-Verhandlungsergebnis auch für ihre Beamten umgesetzt, obwohl sie rechtlich nicht dazu verpflichtet ist?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Die Tarifvertragsparteien haben mit Wirkung ab 01.01.2008 für die tariflich Beschäftigten auf das TVöD-Entgelt eine Aufstockung in Höhe von 50 EUR und hierauf eine lineare Erhöhung von 3,1% vereinbart. Für die Beamtinnen und Beamten im Land Nordrhein-Westfalen hat der Gesetzgeber - denn die Beamtenbesoldung wird gesetzlich geregelt - erst mit Wirkung ab 01.07.2008, also sechs Monate später als für die Beschäftigten, eine Besoldungserhöhung in Höhe von 2,9% beschlossen, jedoch ohne einen Aufstockungsbetrag. Beides, und nur das, ist für die Stadt Bergisch Gladbach verbindlich.“

2. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wie hoch wäre die Einsparung, wenn auch die Beamten der Stadt Bergisch Gladbach nur 2% Lohn- bzw. Gehaltserhöhung erhalten hätten?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Die Beantwortung ihrer weiteren Frage zum Umfang der Einsparung für die Stadt Bergisch Gladbach, falls deren Beamtinnen und Beamte lediglich 2% Besoldungserhöhung erhalten hätten, erübrigt sich, da es - wie bereits erläutert - weder im Ermessen des Dienstherrn, noch der Tarifvertragsparteien liegt, über die Höhe der Beamtenbezüge zu bestimmen bzw. zu verhandeln.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

26. <-@
Anfragen der Ratsmitglieder

@->

Herr Lang: Anfrage zu einem Antrag der BfBB-Fraktion

Herr Lang fragt, warum der Antrag der BfBB-Fraktion mit dem Titel „Herab mit den Entwässerungsgebühren!“ nicht in die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung aufgenommen worden sei.

Herr Orth antwortet, ihm sei dieser Antrag nicht bekannt. Er werde sich jedoch erkundigen, ob der Antrag bei der Verwaltung eingegangen sei.

Herr Kraus: Anfrage zum „Bürgerhaushalt“

Herr Kraus fragt, ob für den Haushalt 2008 eine Beteiligung der Bürger („Bürgerhaushalt“) geplant sei. Er habe diese Frage auch in der vergangenen Ratssitzung gestellt.

Herr Mumdey antwortet, dass die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern diesbezüglich über das Internet Beteiligungsmöglichkeiten einrichten wolle. Über die Ein-

zelheiten werde er Herrn Kraus schriftlich informieren.

Frau Lehnert: Anfrage zu Presseberichten mit Bezug zum Standesamt

Frau Lehnert berichtet, sie habe der Presse entnommen, dass an dem beliebten Trautermis 08.08.2008 in Bergisch Gladbach nur 14 Paare getraut werden konnten. Dies sei damit begründet worden, dass die Verwaltung für diese Dienstleistung nach 14:00 Uhr nicht mehr zur Verfügung stehe. Sie frage, ob dies zutrefte und wenn ja, ob der Bürgermeister ihre Auffassung teile, dass in diesem Punkt Verbesserungsbedarf bestehe.

Herr Dr. Speer antwortet, am 08.08.2008 seien alle Trauungen vorgenommen worden, die für dieses Datum angemeldet waren. Mehr als die 14 benannten Trauungen seien schlicht nicht angemeldet gewesen und es sei auch niemand abgewiesen worden. Sofern eine größere Nachfrage bestanden hätte, hätte die Verwaltung auch diese noch bewältigen können. Herr Widdenhöfer ergänzt, auf Bergisch Gladbacher Stadtgebiet bestünden insgesamt fünf Trauräume (zwei im Rathaus Gladbach und jeweils einer in der Villa Zanders, im Rathaus Bensberg und im Grandhotel Schloss Bensberg). Die Stadt biete Eheschließungen an von Montag 09:00 Uhr bis Samstag 16:00 Uhr, manchmal sogar 17:00 Uhr. Weder zu den Räumlichkeiten, noch zu den Zeiten sei ihm gegenüber bisher jemals Kritik geäußert worden; die Verwaltung bemühe sich, alle Wünsche zu erfüllen. Herr Orth ergänzt, Bergisch Gladbach sei eine der attraktivsten Trauungsstätten Deutschlands.

Frau Lehnert: Anfrage zum Umgang mit Einwohnermeldedaten

Frau Lehnert fragt vor dem Hintergrund der Presseberichte zum „freizügigen“ Umgang mit Einwohnermeldedaten, ob derartiges auch in Bergisch Gladbach geschehen sei.

Herr Widdenhöfer verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zum „Cross-Border-Leasing“

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob es dem Bürgermeister bekannt sei, dass Kommunen, die „Cross-Border-Leasing“ betreiben würden, sich im Zuge der AIG-Pleite neue Versicherungen suchen müssten und ob der Bürgermeister glücklich sei, dass die Stadt Bergisch Gladbach kein „Cross-Border-Leasing“-Geschäft eingegangen sei.

Dies wird von Herrn Orth bejaht.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Meisheide

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt in Bezug auf das „Porsche-Zentrum“ Meisheide, ob der Bürgermeister in den folgenden, von Herrn Schmickler im Planungsausschuss benannten Fakten, juristische Probleme erkenne:

1. „Die Verhandlungen mit den Nachbarn, die im Rahmen des Durchführungsvertrages abgeschlossen sein müssten - und es müsste Einvernehmen erzielt worden sein - laufen noch.“
2. „Eine Teilbaugenehmigung ist bereits erteilt worden.“

Herr Schmickler antwortet, die Verwaltung habe keine juristischen Bedenken. Es werde eine möglichst einvernehmliche Lösung gesucht. Allerdings weise er auch darauf hin, dass das ganze Projekt nicht gescheitert wäre, wenn sich ein Anlieger aus nicht tragfähigen Gründen einer Vereinbarung verweigert hätte.

Herr Nagelschmidt: Anfrage zu der vom Frauenbüro angebotenen Existenzgründungsberatung für Frauen

Herr Nagelschmidt berichtet, das Frauenbüro biete derzeit eine Existenzgründungsberatung für Frauen an. Bekanntermaßen biete jedoch auch die von der Stadt bezuschusste Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH schon lange Existenzgründungsberatung an. Herr Nagelschmidt fragt, ob der Bürgermeister seine Meinung teile, dass das Frauenbüro sich auf seine Kernkompetenzen beschränken und deshalb auf derartige Angebote verzichten solle.

Frau Fahner antwortet, es gebe sehr viele Anfragen zum Thema „Existenzgründung“ an das Frauenbüro; bisher habe die Regionalstelle diese Aufgabe wahrgenommen. Das Frauenbüro sei personell nicht mehr in der Lage, alle Einzelanfragen zu bearbeiten und habe sich deshalb entschieden, ein entsprechendes Seminar anzubieten.

Herr Schwamborn: Anfrage zum Standstreifen auf der Overather Straße

Herr Schwamborn berichtet, er sei von Anwohnern der Overather Straße Nr. 75-79 und von Gästen des Hauses Bockenberg nach Abschluss der Baumaßnahmen an der Overather Straße gefragt worden, ob der Standstreifen auf der Overather Straße vom Haus Bockenberg in Richtung Vinzenz-Palotti-Straße verkleinert werden könne. Durch die auf diesem Standstreifen parkenden Kraftfahrzeuge werde die Einfahrt vom Haus Bockenberg auf die Overather Straße erheblich erschwert, da die Straße häufig nicht mehr einsehbar sei. Er bitte die Verwaltung um Abhilfe.

Herr Schmickler antwortet, es handle sich um eine Baumaßnahme des Landesbetriebes Straßen.NRW. Die Verwaltung sei in Bezug auf die veränderte Kreuzungsmarkierung in die Planungen einbezogen worden. Insgesamt sei der Verkehrsablauf im Kreuzungsbereich verbessert worden. Aus seiner Sicht sei der Standstreifen im Wesentlichen unverändert geblieben. Er schlage vor, die beschriebene Situation zu überprüfen und bei Bedarf in Abstimmung mit den anderen Beteiligten gegebenenfalls Änderungen vorzunehmen.

Herr Lang: Anfrage zu „Tischvorlagen“

Herr Lang erläutert, Herr Brenneiser habe in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses beantragt, die Information der Verwaltung über das Fondsvermö-

gen der Bäder GmbH auch den Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen. Darauf sei geantwortet worden, dass dies nicht möglich sei. Er selbst halte zwar generell nichts von „Tischvorlagen“, frage jedoch, ob ein Unterschied bestehe zwischen Tischvorlagen, die die Verwaltung erstelle und solchen, die von Fraktionen gewünscht würden.

Herr Orth antwortet, er könne das Problem nicht nachvollziehen. Schließlich könne die Tischvorlage für die übrigen Fraktionsmitglieder kopiert oder auch im Ratsinformationssystem abgerufen werden. Alle Informationen stünden zur Verfügung und würden auch nicht „blockiert“.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@